

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenburg RM. 1,50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk sowie im sonstigen inländischen Verkehrsgebiet RM. 1,50 mit Postzuschlag. Preis fremd- und auswärtig RM. 1,50. In Fällen höherer Gewalt behält sich der Herausgeber das Recht vor, den Preis auf die Höhe der Herstellungskosten zu erhöhen. Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Buchhandlungen jederzeit entgegen. Fernsprecher Nr. 4. Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-Postkasse Neuenburg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Reed'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile ober oder unten 20 Zpf., Kleinanzeige 10 Zpf., Kollektivanzeigen 100 Zpf. Zuschlag. Offerte und Aufnahmeverfahren 20 Zpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens vollständig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Verantwortlich für beide Teile ist Neuenburg. Für teils. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 130

Montag den 8. Juni 1931

89. Jahrgang

Die neue Notverordnung veröffentlicht

Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 7. Juni. Gleichzeitig mit dem heutigen Erscheinen der neuen Notverordnung erläßt die Reichsregierung folgenden Aufruf:

Die Ermartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1931 abebben und damit die Not und Arbeitslosigkeit aller Industriestaaten und noch mehr der Rohstoff- und Agrarländer zurückgehen werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschland ist in dem Güteraustausch der Erde mit einer jährlichen Summe von 23 Milliarden Reichsmark verflochten. Es kann sich allein aus der gemeinsamen Not nicht retten, unter der selbst die im Kriege siegreichen Staaten schwer leiden. Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind verschärft, weil wir neben der Geschäftskrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen.

Schwerste Lasten und Opfer

auf die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft, von der hängen Millionen und Abermillionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab.

Im In- und Ausland ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß wir nicht sparsam genug gewirtschaftet hätten. Dieser Vorwurf trifft jedenfalls für die Gegenwart nicht zu. Auf der ganzen Linie sind die höchsten Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben zurückzuführen. Nach dem Vollzug der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reichs einschließlich der Abträge im vorigen Jahre die Riesensumme von

mehr als 1,5 Milliarden weniger

betragen. Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas herausbringen kann, wird damit der Reichsstaat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Nach dem freien Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.

In ähnlicher Lage wie das Reich befinden sich Länder und Gemeinden. Auch sie haben sich weitgehend eingeschränkt und werden es noch mehr tun müssen.

Die Reichsregierung gibt sich über die Schwere der von allen Bevölkerungsteilen zu bringenden Opfer keiner Täuschung hin,

aber die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte und die Schonung unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre schwierige Lage und den belagerten Konkurrenzmarkt auf dem Weltmarkt rechtfertigen die getroffenen Maßnahmen.

Sie haben alles angehtan, um unseren Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auch ausländische Hilfe haben wir hierfür in weitem Ausmaß in Anspruch genommen. Das ist nicht mehr möglich.

Die Einsetzung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungsteile gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht!

Die Voraussetzungen, unter denen der „Neue Plan“ zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrig erwiesen. Die Erleichterung, die der Neue Plan bringen sollte und fürs erste auch zu bringen verspricht, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist hierdurch bedingt.

Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft.

Vor dem Abgrund, den man könnte ohne Opfer zu einem geschlichen Erfolg gelangen, muß eine verantwortungsbewusste Regierung warnen. Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Es haben die Deutschen in ihrer Geschichte verstanden, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes sich zu behaupten entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen. Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die Ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht bereit imstande wären, in friedlichem Kampf um unseren Wiederaufstieg die Größe und den Idealismus wie in früheren Schlachtfeldern zu beweisen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswillen des deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Berlin, den 5. Juni 1931.

Die Reichsregierung.

heiner 80 Millionen, zusammen 368 Millionen RM. — Deckung insgesamt 574 Millionen RM.

Krisenfürsorge und Arbeitsbeschaffung.

Fehlbetrag für Krisenfürsorge 245 Millionen RM., für Arbeitsbeschaffung 140 Millionen, zusammen 385 Millionen Reichsmark.

Die Deckung wird durch das Aufkommen aus der Krisensteuer sichergestellt.

Zur Deckung des Fehlbetrags bei Ländern und Gemeinden insbesondere der Wohlfahrtsämter der Gemeinden, stehen zur Verfügung: Gehaltskürzung 207 Millionen RM., Lohnkürzung 60 Millionen, Umsatzsteuer 35 Millionen, zusammen: 302 Millionen RM. — In einzelnen wird darüber gesagt:

Reichshaushalt:

A. Auf der Ausgabe Seite:

1. Gehaltskürzung: Die Dienstbezüge der Reichsbeamten, sowie die Versorgungsbezüge der Parteigeld- und Ausbelegempänger werden um 4—8 Prozent gekürzt. Das Kürzungsmmaß ist gestaffelt. Es beträgt über die bereits erfolgte Kürzung von 6 Prozent hinaus in der Sonderklasse und in der Erstklasse A

1 Prozent, soweit die Bezüge 3000 RM. nicht übersteigen, 5 Prozent, soweit sie 3000 RM., aber nicht 6000 RM., 6 Prozent, soweit sie 6000 RM., aber nicht 12000 RM. und 7 Prozent, soweit sie 12000 RM. übersteigen.

In den Ortsklassen B, C und D erhöht sich die Kürzung um 1 Prozent. Ferner wird

Der Kinderzuschlag

der Beamten und Angestellten für das erste Kind künftig auf 10 Reichsmark statt bisher 20 festgelegt, wogegen die bisher schon in einzelnen Ländern gewährten Zuschüsse von 25 RM. für das dritte und vierte Kind und 30 RM. für das fünfte und jedes weitere Kind anstelle von 20 RM. treten.

Bei den Reichsministern beträgt die Kürzung 8 Prozent dazu tritt die Krisensteuer, sodas die Bezüge der Minister einschließlich der im Herbst 1930 erfolgten Kürzung sich insgesamt um rund 30 Prozent verringern.

Die Senkung erfolgt ab 1. Juli 1931 und gilt unmittelbar auch für die Bezüge der Angestellten im öffentlichen Dienst. Für die Arbeiter im Reichsdienst soll nach Ablauf der gegenwärtigen Vereinbarungen eine entsprechende Kürzung eintreten. Länder, Gemeinden usw., Reichsbahn und Reichsbank nehmen entsprechende Kürzungen vor wie das Reich.

2. Kreisverteilung: Die wesentlichen Bestimmungen sind der Begleit der Kinderzulage für Leichtbeschädigte, eine gestaffelte Kürzung der Ortsklassen und eine Verbesse rung der Ausbelegempänger, sofern aus öffentlichen Mitteln bezogen werden.

B. Auf der Einnahmeseite.

Es ist beabsichtigt, ab 1. Oktober 1931 zur monatlichen Zahlung der Umsatzsteuer zurückzuführen für die Verlorenen, die im vergangenen Jahre mehr als 20000 RM. Umsatz gehabt haben. Das ergibt für das Reich eine Mehreinnahme von 80, für die Länder von 25 Millionen RM.

Arbeitslosen- und Sozialversicherung

Arbeitslose aus Berufen mit berufsunfähiger Arbeitslosigkeit erhalten verfürsorgemäßige Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen und nur in Höhe der Höhe der Krisenfürsorge. Die Parteibeiträge werden allgemein verlängert. Die Pflicht zur Arbeitsaufnahme wird verschärft. Jugendlöhne bis zu 21 Jahren, ebenso Ehefrauen erhalten Unterstützung nur, wenn ihr Unterhalt sonst nicht gesichert ist.

Für die knappschaftliche Rentensicherung tritt die Reichsregierung mit erheblichen Mitteln ein. In Verbindung mit der Sanierung der Invalidensicherung wird die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstag eine organische Vereinbarungs- und Verbilligungsreform der Sozialversicherung vorlegen.

Krisensteuer

Der Gedanke der Volksgemeinschaft zwingt zu der Schlußfolgerung, daß alle Volksgenossen zur Abmilderung der Katastrophe nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen. Die ganze Maßnahme soll für 1 1/2 Jahre, also vom 1. Juli 1931 bis 31. Dezember 1932, gelten. Die Krisensteuer soll insgesamt 775 Millionen RM. erbringen, von denen 365 Millionen RM. auf das Rechnungsjahr 1931 entfallen.

Die Krisenlohnsteuer

beträgt bei einem Monatsarbeitslohn bis zu 300 RM. 1 Prozent des Bruttoarbeitslohnes und steigt bis 5 Prozent bei über 3000 RM. Abzüge dürfen nicht gemacht werden. Es zählt also ein Lohnempfänger mit einem Bruttoarbeitslohn von monatlich 250 RM. an Krisensteuer 2,50 RM., bei 300 RM. 3,00 RM., bei 400 RM. 4,00 RM., bei 500 RM. 5,00 RM., bei 600 RM. 6,00 RM., bei 700 RM. 7,00 RM., bei 800 RM. 8,00 RM., bei 900 RM. 9,00 RM., bei 1000 RM. 10,00 RM.

Besondere Vorschriften sind getroffen für die Besteuerung von einmaligen Einnahmen.

Die Krisensteuer der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen bemißt sich nach dem Einkommen, das für Steuerabschmittle veranlagt wird, die in den Kalenderjahren 1931 und 1932 geendet haben. Der Tarif beträgt hier bis zu einem Jahres-

Die Notverordnung

Berlin, 6. Juni. Die am Freitag den 5. Juni vom Reichspräsidenten unterzeichnete Notverordnung wurde heute der Öffentlichkeit übergeben. In ihrer Bedeutung und ihrem Inhalt wird gesagt:

Die Bestimmungen der Notverordnung bedeuten eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung. In einer

Senkung der Herstellungskosten und Preise

erläßt die Reichsregierung eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb gestärkt wird. Im Handel mit Lebensmitteln müssen die Preise in allen Orten erkennbar sein. Im Steinkohlenbergbau wird eine Verbilligung dadurch ermöglicht, daß der Bergbau untertage von den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung befreit wird. Die Rechte der Verhörderten werden dadurch nicht berührt. Auch die Kosten, die auf der Landwirtschaft ruhen, müssen weiter gesenkt werden. Die Möglichkeit der Aufhebung des Nachtarbeitverbotes für dreischichtige Betriebe in Großstädten, Aenderung des Brotgesetzes und die Ermächtigung zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für alle Lebensmittel sind in Aussicht genommen. Die Reichsregierung schafft in der Notverordnung den Rahmen für einen

freiwilligen Arbeitsdienst.

In seinen Trägern werden in erster Linie Vereinigungen und Verbände gehören, die aus ihren Reihen Dienstwillige zur Verfügung stellen. Die Ausschöpfung dieser Arbeitsmöglichkeiten bleibt allerdings gebunden an die knappen Mittel der öffentlichen Hand. Arbeit der Dienstübernahme, die Auswahl und Zuverlässigkeit der Arbeiter schließen unzulässigen Wettbewerb mit dem freien Markt aus. Den Teilnehmern soll der Erwerb eines Eigenheimes oder einer Stützstelle erleichtert werden. Die Durchführungsbestimmungen werden mit größter Beschleunigung ergehen.

Mit der Reichsbahn ist vereinbart, daß für 300 Millionen Reichsmark Arbeiten über den Vorkurschlag von 1931 hinaus beschleunigt ausgeführt werden. Dafür werden innerhalb weniger Wochen über 120000 Arbeiter neu eingestellt werden. Weiter wird die Regierung Mittel der Krisensteuer zur Beschaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten verwenden. In der Notverordnung wird die Reichsregierung weiterhin ermächtigt,

mit Zustimmung des Reichsrates für einzelne Gewerbe- oder Arbeitsnehmergruppen, abgesehen von Kleinbetrieben.

Die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen

und die Zulässigkeit tariflicher Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. In erster Linie soll die Arbeitszeitregelung im Wege freiwilliger Vereinbarung durchgeführt werden. Um voranzugehen, hat die Reichsregierung beschlossen, in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und nur die längere Arbeitszeiten zuzulassen, wo die Verfürgung aus bestimmten Gründen nicht durchführbar ist. Auf ein entsprechendes Vorgehen der Länder und Gemeinden und sonstigen Körperlichkeiten des öffentlichen Rechtes wird mit allen Mitteln hingewirkt werden, mit dem Ziel, die Wirtschaft aus allzuengen Bindungen zu lösen, wurde beschlossen, das Kohlenrudel nur um zwei Monate zu verlängern.

Weiter wird die Reichsregierung darauf hinwirken, daß Innungen und Berufsorganisationen für eine gewisse Zeit von ihrer Befugnis, Wettbewerbsbehandlungen mit Ordnungsstrafen zu belegen, keinen oder nur ausnahmsweise Gebrauch machen. Darüber hinaus wird sich die Reichsregierung für die Förderung besonders überbeanspruchter Berufsorganisationen einsetzen. — Auf dem Gebiete des Aktienrechtes werden einschneidende Reformarbeiten mit größter Beschleunigung zum Abschluß gebracht werden.

Sicherung der Haushalte

Der Steueranfall ist auf rund 940 Millionen zu beziffern, von denen rund 300 Millionen auf das Reich und 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Im Haushalt des Reiches muß ferner Deckung geschaffen werden für eine Fehlbetrag von 245 Millionen abudecken. Die Gesamtdeckung nach dem Plan der Reichsregierung gestaltet sich wie folgt:

Fehlbetrag des Reiches:

Einnahmehausfall 495 Millionen, Mehrausgaben 79 Millionen, reiner Fehlbetrag 574 Millionen.

Deckung:

a) auf der Ausgabe Seite: Gehaltskürzung 101 Millionen RM., Krisensteuer 85 Millionen RM., sonstige Haushaltsabstriche 120 Millionen, zusammen 306 Millionen RM.;

b) auf der Einnahmeseite: Zusatzsteuer 110 Millionen RM., Mineralabgabe 75 Millionen, statistische Abgaben drei Millionen, Uebergang zur Monatszahlung bei der Umsatz-



kommen von 3000 RM. 0,75 Prozent, zwischen 3000-6000 RM. 1 Prozent, von 6000-20000 RM. 1,5 Prozent, bis 100 000 RM. 2 Prozent, bis 250 000 RM. 2,5 Prozent, bis 500 000 RM. 3 Prozent, bis eine Million 3,5 Prozent und über eine Million 4 Prozent. Auch hier dürfen der steuerfreie Einkommensteil und die Familienermäßigung nicht abgezogen werden. Wichtig ist jedoch, bei denen z. B. wegen der Familienermäßigung keine Einkommensteuer schuldig wird, sind auch von der Kräftesteuer der Veranlagten frei.

Ein Gewerbetreibender zahlt z. B. bei einem Einkommen von 3000 RM. 15 RM. Kräftesteuer, bei 4000 RM. 20 RM., bei 5000 RM. 25 RM., bei 12 000 RM. 180 RM., bei 25 000 RM. 500 RM., bei 50 000 RM. 1600 RM., bei 150 000 RM. 5750 RM., bei 300 000 RM. 9000 RM., bei einer Million RM. 25 000 RM., bei 1,5 Millionen 60 000 RM. Bei Landwirten ist zu berücksichtigen, daß durch die Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer die ersten 6000 RM. steuerfrei sind, also auch von der Kräftesteuer. In beachten ist, daß die Kräftesteuer der Veranlagten bei den „veranlagten Gehaltsempfängern“ zur Kräftesteuer hinzutritt. Hier findet also eine doppelte Veranschlagung statt. Um Härten zu vermeiden, sind jedoch Gehaltseinkommen bis zu 16 000 RM. von der doppelten Belastung ausgenommen. So zahlt ein Gehaltsempfänger mit 12 000 RM. Gehalt nur die Kräftesteuer.

Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände:

Die Lohnsteuererhaltungen werden aufgehoben und zwar erstmals für das Kalenderjahr 1931. Für den Rest des Rechnungsjahres 1931 wird ein Erhaltungsbetrag von 60 Millionen RM. angenommen. Ein weiterer Betrag zur Deckung der Wohlfahrtslasten fällt den Gemeinden durch die Kürzung der Gehälter der Gemeindebeamten und Angestellten zu.

Die Notverordnung enthält dann noch Kapitel über Sicherung der Dausbauführung der Gemeinden und Gemeindeverbände, wobei einige allgemeine Grundzüge über Mittel und Umfang der Staatsausfuhr aufgestellt werden, ferner über Wohnungswirtschaft, wobei für das Gebiet der Danzinssteuer, die am 1. Januar 1932 eintretende Erhöhung des Zinsfußes für die Aufwertungsdepots von 5 auf 7 1/2 Prozent von einschneidender Bedeutung ist, und über sonstige Steuer- und Zollmaßnahmen.

Bei der Tabaksteuer
ist eine Ermächtigung neu eingeführt, die die Verteilung von Zigaretten in den billigeren Preisklassen in größerem Umfang ermöglichen soll. Eine Minderung der bisherigen Belastung ist nicht vorgesehen. Unter diesem Kapitel ist auch die Einigung mit Bayern im Streit um die Steuervereinfachung durch Notverordnung festgelegt worden. Weiterhin wird eine

Minderung des Einkommensteuergesetzes
vorgenommen, durch die eine Verringerung der Steuern von Einzelfirmen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften mit höchstens 30 Prozent vorgesehen wird und zwar im Interesse der Ansammlung produktiven Kapitals. Weiter sollen Kapitalverwaltungsgesellschaften steuerlich in der Weise begünstigt werden, daß sie nur mit einem Teil ihres Vermögens zur Körperschaftsteuer und zur Vermögenssteuer herangezogen werden sollen. Diese Ermäßigungen sollen die Gründung von Kapitalverwaltungsgesellschaften in Deutschland überhaupt erst ermöglichen. Ein letztes Kapitel befaßt sich mit

Zollmaßnahmen.
Es wird eine Ermächtigung für die Reichsregierung gefordert, die für die Versorgung mit Düngemitteln Schutzmaßnahmen in Form von Zöllen oder zur Marktregulierung vorzieht.

Umständen stattgefunden und wir haben vollendete Gutsfreundschaft gefunden. Wir haben den englischen Kollegen, besonders Macdonald und seiner Tochter, unseren herzlichsten Dank ausgesprochen und den Wunsch hinzugefügt, ihre Gutsfreundschaft zu vergelten. Wir hoffen, daß dies bald möglich sein wird. Auf eine weitere Frage hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit erklärte der Außenminister: Wir haben die Verpflichtung, alles in Bewegung zu setzen, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden. Der Minister erwähnte noch, daß die Anwesenheit des Gouverneurs der Bank von England, des händigen Unterstaatssekretärs des Foreign Office, Bassittart, und des englischen Finanzadvisors, Hög bei dem heutigen Frühstück in Chequers von besonderem Wert gewesen sei.

Ferner äußerte der Minister, die Besprechungen haben im wesentlichen der Wirtschaftskrise gegolten. Andere Probleme wie z. B. der Abrüstung, wurden nicht behandelt. Die Einladung war eine Geste der englischen Regierung, die doch einzuwenden ist. Es war das erste Mal, daß seit dem Kriege außerhalb einer internationalen Konferenz deutsche Minister von englischen Ministern eingeladen worden sind. Diese Tatsache allein ist von außerordentlicher Bedeutung.

England, Deutschland und Amerika

Londoner Kommentare zu den Besprechungen in Chequers.

London, 7. Juni. In einem Artikel „Deutschland in Chequers“ schreibt der „Observer“ u. a.: Angenommen, Dr. Brüning hat Recht mit seinen ersten Befürchtungen, die er in Chequers vortragen dürfte, dann werde die Reparationsfrage auch für Amerika in einem neuen Licht erscheinen. Gegenwärtig bestehen Hoffnungen auf eine Verringerung der allgemeinen Depression vor Ende des Jahres. Diese Hoffnungen können sich nicht verwirklichen im Falle einer deutschen Krise, die nicht nur die Suspendierung der deutschen Zahlungen, sondern auch unermesslich die Suspendierung der Zinszahlungen auf das fast 500 Millionen Pfund Sterling betragende, in Deutschland investierte amerikanische Kapital mit sich bringen würde. Man hat angeregt, England, Frankreich und Deutschland sollten gemeinsam in den Vereinigten Staaten vorstellig werden. Alles muß in diesem getan werden, um dies zu vermeiden. Richtig ist eine neue und sofortige internationale Untersuchung der Lage Deutschlands und der Auswirkungen des Youngplans.

„Sunday Times“ veröffentlicht ein Interim mit dem bekanntesten englischen Wirtschaftsführer Sir A. Bailly, worin dieser anregt, daß England die Wiederaufstellung der Reparationsfrage durch Auslieferung seiner Kriegsschuldenzahlung an Amerika erzwingen soll. Am konkretesten wird der Konferenzgedanke von „Sunday Express“ ausgesprochen. Das Blatt glaubt, daß als Ergebnis der Besprechungen in Chequers eine Weltkonferenz zur Prüfung der Anträge auf Revision der gesamten Kriegsschulden möglicherweise werde vorgeschlagen werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Der Herr Staatspräsident hat den Oberlehrer Dietrich an der ev. Volksschule in Birkenfeld, OA. Neuenburg, auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

(Wetterbericht) Schwacher Hochdruck beeinflusst die Wetterlage und läßt für Dienstag und Mittwoch mehrschichtiger, aber zu Gemütsstörungen geneigtes Wetter erwarten.

Δ Herrmann, 7. Juni. (Mitten-Übung.) In voller körperlicher und geistiger Mäßigkeit vollendete am 5. d. Mts. Herrmann W. Sädinger in A. L. u. m. h. sein 85. Lebensjahr. Außer seinen Verwandten und einem engen Freundeskreis fanden sich auf Anregung von Postinspektor Schilling auch Mitglieder der Ortsgruppe des Schwarzwalddorfs u. der Männergesangsverein Liederkreis ein; letzterer erstarrte den Jubilar durch zahlreiche Wiederholungen, unter welchen „Im schönsten Wiesengrunde“ wie immer den Herzogen trau. Dem lieben Hochbetragten und seiner Gattin unsere warmen Wünsche!

Aus Zeit und Welt

Betrachtungen von Richard Zoosmann.

Daß Hoffnung, habe Humor: dann machst du dir die Lebenslast zur Lebenslust.

So mander bildet sich ein, er habe vieles recht mächtig zu verlangen, woran ihm nur recht mächtig ein Anteil gebührt.

Frauenarbeit im Hause steht man nur, wenn sie nicht gemacht wird.

Mancher trägt die Last des Lebens nur, weil er sie auf die — leichteste Schulter nimmt.

Die Fliege bucht sich den ganzen Tag und bleibt doch ein unsanftes Tier.

O Erdenkind, du stets betrogenes, Leb' menschenweidend wie Diogenes. In deinem Haus, als wär' es eine Tonne, Und laß dir niemand stehen in der Sonne.

Württemberg.

Unterriegeringen, OA. Volkingen, 7. Juni. (Erbfolgsauseinandersetzung.) Wegen Abfindung des Kriegereheleuten Unterriegeringen an der Graf Eberhard-Erbchaft wurde mit den Vertretern des Vereins verhandelt und beschlossen, die Abfindung des Kriegereheleuten Unterriegeringen für sein Ergat aus der Grafen-Erbchaft entgeltlich auf 3700 Mark festzusetzen, womit sich die anwesenden Vertreter einverstanden erklärten. Der St. Georgenerlei besteht in der Grafen-Erbchaft auf Bezugszahl der vollen 10000 Mark. Es wird deshalb zum Prozeß kommen.

Stuttgart, 6. Juni. (Demonstration trotz Verbot.) Nach Ende der kommunalistischen Versammlung in der Lederhalle gestern abend begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Gruppen Angen über die Büchsenstraße zur Königsstraße, wo dann gegen 11 Uhr vor dem Wilhelmshaus die Polizei, die mit vier Ueberfallkommandos ausgerückt war, eingreifen mußte. Die Situation lag, wie das Stuttgarter Neue Tagblatt berichtet, zeitweilig gefährlich aus. Es wurden eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

Stuttgart, 6. Juni. (Zwei Selbstmorde.) Am Freitag vormittag wurde in einem Hause der Hauptstätterstraße ein 25 Jahre alter Mann erkrankt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. — Selbstmord durch Einatmen von Gas verübte am 5. Juni nachmittags in einem Hause der Bahnhofsstraße eine 51 Jahre alte Frau.

Stuttgart, 6. Juni. (Um die Pension eines Kriegsministers.) Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Von Januar bis Juni 1919 bekleidete der Professor Herrmann an der Technischen Hochschule in Stuttgart die Stellung eines würt. Kriegsministers. Schemm im Juni 1929 eingereichten Gesuch um Gewährung des Ruhegehalts aus dieser Ministerstellung ist für die nachfolgende Zeit entsprochen worden, da

Kritische Stellungnahmen zur Notverordnung

Die Deutsche Volkspartei lehnt die Notverordnung ab

Trier, 8. Juni. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Kooles-Trier-Virtenfeld nahm heute eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß die neue Notverordnung einen Bruch der bisherigen Linie des Kabinetts Brünning bedeute. Die Partei, heißt es weiter, vermisst die große schäferische Idee, vermag nur lediglich den Versuch zu versuchen, mit den bisherigen Mitteln die Schwierigkeiten des Augenblicks für kurze Zeit zu beheben. Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß das Gleichgewicht im Haushalt durch Ausgabenkürzung, nicht aber durch neue Belastungen hergestellt werden solle. Diese Forderung ist nicht gehalten worden. In der Notverordnung fehlt der durchgreifende Wille, durch Vereinfachung der gesamten öffentlichen Verwaltung und durch Vereinfachung der Wirtschaft von unerträglichen, staatssozialistischen Bindungen die Grundlage dafür zu schaffen, daß jeder Deutsche wieder einen sicheren Arbeitsplatz erhält. Die Partei erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie die Notverordnung ablehnt, die den von der Fraktion noch kürzlich in Saarbrücken ausgesprochenen Grundgedanken zuwiderläuft. Zustimmung dürfte nur ein Plan finden, der das deutsche Volk unter Freimachung seiner besten Kräfte auch wirklich aus der wirtschaftlichen und sozialen Not unserer Tage herausführt.

Hugenberg fordert Aufhebung der Notverordnung

Winden, 8. Mai. Auf dem Landesparteitag des Landesverbandes Weisbaden-Ost und beider Lippe der Deutschnationalen Volkspartei in Porta hielt gestern der Parteiführer Dr. Hugenberg eine Rede über die Notverordnung und die Forderungen, die die Deutschnationalen Volkspartei aus den Beschlüssen der Reichsregierung ziehen will. Der Redner übte an der gesamten bisherigen Politik des Kabinetts überaus scharfe Kritik und kündigte an, daß die Deutschnationalen Volkspartei zur Beschlußfassung über die Notverordnung den Zusammentritt des Reichstages verlangen werde. Trift der Reichstag zusammen, erklärte Dr. Hugenberg, so werden auch wir erscheinen und so lange im Hause bleiben, wie es uns sachlich richtig erscheint. Wir werden Anträge auf Beratung derjenigen Dinge stellen, die uns wichtig erscheinen, z. B. unseren Anträgen auf Streichung der Volkseinkommensteuern des Reiches an Preußen, sowie unserer auf Rettung der Landwirtschaft gerichteten Anträge. Wir werden die Unmöglichkeit der neuen Notverordnung beleuchten und ihre Aufhebung beantragen.

Französische Blätter zum Aufseufz der Reichsregierung

Paris, 7. Juni. Das Manifest der Reichsregierung an das deutsche Volk sowie die zu gleicher Zeit veröffentlichte Notverordnung werden vom „Temps“ und vom „Journal des Debats“, wie nicht anders zu erwarten war, zum Gegenstand von Betrachtungen gemacht, die zeigen, daß bei ihnen keineswegs die Absicht besteht, sich über die wahre Lage in Deutschland klar zu werden. Der „Temps“ erklärt, gewiß bemüht sich die Regierung Brüning, der erschreckenden Verschwendung der letzten Jahre zu steuern. Aber damit macht es gerade die notwendigen Anstrengungen, um den Vorwand auf Forderung der Revision des Youngplans zu erhalten. Die wichtigsten Posten des deutschen Budgets bleiben mehr als in verdächtiger Weise hoch. Man kann sich über den Charakter und die Bedeutung des Manifestes nicht täuschen. Die deutsche Presse übernimmt es, uns darüber aufzuklären, indem sie von einem „historischen Tag“ und „einem ersten offiziellen Wort“ betreffend die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Reparationen“ spricht. Wer wird es wagen, die Initiativen zu Verhandlungen im Hinblick auf eine neue Reparationskonferenz zu übernehmen, die gewisse ausländische Kreise bereits für Ende dieses Jahres voraussehen. Wenn wirklich gegen alle Berechnung man auf eine derartige Eventualität hinwirken sollte, welches wären dann die politischen und wirtschaftlichen Garantien, die man aus einer elementaren Vorsicht heraus von Deutschland für die Zukunft fordern möchte.

„Journal des Debats“ macht die hässliche Bemerkung, daß das Glend Deutschlands erst relativ zu nehmen sei, da man ja in Berlin über genügend Gelder verfüge, um Krawatten von der Kleinen Entente fortzulassen.

Ganz anders beurteilt der linksstehende „Soir“ die Lage. Wohl oder übel werde man die Reparationsfrage und das Problem der internationalen Schulden erörtern müssen. Die Weltwirtschaftskrise, für die wenigstens teilweise Klanseln der Verträge verantwortlich seien, fällt das Urteil über das, was bisher geleistet worden sei. Das Blatt zeigt im Gegenlag zu den beiden rechtsstehenden Blättern ein volles Verständnis für den Ernst der Lage, indem es darauf hinweist, daß mit der Aussprache über die Weltwirtschaftskrise die Aussprache über die Abrüstung zusammenfallen werde, sobald nicht weniger als 13 Jahre nach dem Waffenstillstand die wirklich kritische Phase beginnt.

Amerika zur Notverordnung

New York, 7. Juni. Die deutsche Notverordnung und der gleichzeitige Anruf der Reichsregierung haben, das kann man ohne Uebertreibung sagen, in den Vereinigten Staaten ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Das Schicksal Deutschlands ist mit einemmal ein Problem geworden, das alle eigenen Sorgen Amerikas in den Schatten stellt, da der amerikanischen Öffentlichkeit nunmehr die Augen über die verzweifelte Lage eines 70-Millionenvolkes geöffnet sind.

In den Washingtoner Meldungen der führenden amerikanischen Presse werden zum erstenmal die Möglichkeiten einer Umkehrung der amerikanischen Außenpolitik angedeutet, wobei übereinstimmend erwähnt wird, daß Washington heute bereit sei, die Schuldverteilung und unter Umständen sogar eine Streichung ins Auge zu fassen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die europäischen Mächte einen Weg finden, das Sicherheitsproblem auf andere Weise zu lösen als durch die Unterhaltung gewaltiger Heeresrüstungen.

Das Communiqué über die Besprechungen von Chequers

London, 7. Juni. Folgendes ist der Wortlaut des heute hier ausgegebenen gemeinsamen Communiqués über die Besprechungen von Chequers.

Während des Wochenendes haben der Reichsminister und der Reichsaussenminister ihren Besuch in Chequers abgehalten. Von englischen Ministern waren anwesend der Premierminister, der Außenminister und der Handelsminister. Am Sonntag gab der Premierminister ein Frühstück, bei dem folgende Herren z. T. mit ihren Damen zugegen waren: Der deutsche Botschafter, der erste Lord der Admiralität, der Gouverneur der Bank von England, Bernard Shaw, der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Bassittart, der Privatsekretär des Königs, Sir Clive Wigram, Sir Frederick Veitch-Kloß aus dem Schatzamt, Botschaftsrat Graf Bernstorff, Milner Macdonald, sowie Pauline Isabel Macdonald. Der Besuch war vor einigen Monaten zum Zwecke persönlicher Fühlungnahme vereinbart worden. Bei Gelegenheit dieser zwanglosen Zusammenkunft wurde in freundschaftlicher Weise die Lage erörtert, in welcher sich das Deutsche Reich und andere Industrieländer im gegenwärtigen Augenblick befinden. Die deutschen Minister betonten mit besonderem Nachdruck die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage in Deutschland und die Notwendigkeit der Schaffung von Erleichterungen. Die englischen Minister ihrerseits wiesen auf den internationalen Charakter der derzeitigen Krise und ihre besonderen Auswirkungen auf England hin.

Weiderseits herrschte Uebereinstimmung darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen.

Empfang der deutschen Pressevertreter durch Reichsminister Dr. Curtius

London, 7. Juni. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius empfing heute nachmittag nach seiner Rückkehr von Chequers die Vertreter der deutschen Presse, denen er von dem Inhalt des amtlichen Communiqués Mitteilung machte und noch folgende Einzelheiten hinzufügte: Das Communiqué spricht für sich selbst. Ich habe nur wenig hinzuzufügen. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß wir nicht von einer Konferenz kommen. Wir haben persönliche Fühlung und freundschaftliche Aussprache gesucht und gefunden. Wie Sie aus dem Communiqué erfahren, hat im Vordergrund der Aussprache die Lage Deutschlands und die allgemeine Krise gestanden. Die Herren, insbesondere der Herr Reichsminister, waren in der Lage, eingehend die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, die innere und äußere Lage, die Notwendigkeit von Erleichterungen in aller Offenheit zu besprechen und haben freundliches Verständnis gefunden. Worauf die englischen Kollegen Wert gelegt haben, ergibt sich aus dem Communiqué. Einzelheiten mitzuteilen, verbietet die Vertraulichkeit und Freundschaftlichkeit der Aussprache. Wir sind übereingekommen, daß neben den Maßnahmen, die jedes Land für sich zu treffen hat, ein internationales Zusammenwirken erforderlich ist. Die Aussprachen von gestern nachmittag und heute haben unter den denkbar angenehmen äußeren



Feuersbrunst im Münchener Glaspalast

München, 6. Juni. Samstag früh 8.15 Uhr bemerkte man in der Nähe des Glaspalastes, in dem erst am 1. Juni eine große Kunstausstellung eröffnet wurde, starke Rauchentwicklung. Schon nach wenigen Minuten liegen hohe Flammen Säulen zum Himmel. In einer halben Stunde hand bereits der größte Teil des berühmten Gebäudes in Flammen.

Das Feuer breitete sich mit rasender Geschwindigkeit aus und nahm ungeheure Ausdehnung an. Die Feuerwehr rückte mit mehreren Schnell-Eisbüchsen an. Das Heberfallkommando mußte die ganze Umgebung absperren. Gegen 4 Uhr stürzte der gegen die Augsburgerkirche gelegene Teil des Gebäudes unter furchtbarem Geräusch ein. Das Stahlgerüst stand in Weißglut.

Im Lauf der Morgenstunden erschien Kultusminister Dr. Goldberger und der Innenminister Dr. Stügel am Brandplatz des Glaspalastes.

Um 7 Uhr morgens hand vom Glaspalast nur noch das äußere Eisengerüst, von dem sich noch fortwährend Teile ablösen. Es wurde mit 22 Schlauchleitungen dem Feuer zu Leibe gegangen — vergebens. Im Laufe der Lösarbeiten wurden drei Feuerwehre durch abstürzende Balken und Eisenteile an Armen und Beinen verwundet.

Im Glaspalast waren, abgesehen von den ausgestellten Werken der Plastik und Bildhauerei, rund 2000 Bilder ausgehängt, von denen nur etwa 100 den Flammen entrißen werden konnten. Vollständig verbrannt ist u. a. die höchst wertvolle „Romantiker-Ausstellung“. Von der Sonderausstellung Hertrich, der Sonderausstellung Samberger, ferner von der italienischen Glastischele Zolletti, von der Leihausstellung der neuen Stuttgarter Sezession konnten nur einige Bilder herausgebracht werden.

Die Bilder der zum Glaspalast eingeladenen waren zangsversichert. Dagegen waren im übrigen die selbstausgestellten Künstler auf die Selbstversicherung angewiesen und es muß angenommen werden, daß die Künstler am allerwenigsten versichert waren und darum schwersten Schaden erleiden.

Die Verluste auf zwanzig Millionen geschätzt — und die Mehrzahl der Bilder nicht versichert

Die Verluste sind einfach einschätzbar. Wenn man eine Ziffer von zwanzig bis fünfundsiebzig Millionen Mark nennt, so kann diese nur ungefähr zur Charakterisierung dienen. Denn die vernichteten Werte, namentlich der historischen Ausstellung „Deutsche Romantiker“, sind eben unerschöpflich. Verbrannt war in der Hauptstadt nur die Sonderausstellung „Deutsche Romantiker“, ferner einige Bildwerke prominenter Leute, die sich selbst versichert haben, sowie die Glastischele Zolletti und Leihgaben, soweit sie in geschlossenen Sendungen ankamen, also beispielsweise die Gruppe der italienischen Glastischele und die Gruppe der Stuttgarter Sezession.

Der furchtbare Gedanke ist der, daß die meisten Werte von der Ausstellungsentfernung nicht versichert waren. Die Ausstellungsentfernung hat nur auf schriftlichen Antrag (!) die Werke der einzelnen Künstler versichert. Die wenigsten Maler konnten bei der wirtschaftlichen Lage davon praktisch Gebrauch machen. Professor Angelo Jank bestatigt, daß die Mehrzahl der Bilder nicht versichert ist. Dazu waren keine Mittel vorhanden.

Brandstiftung aus Rache?

Generaldirektor Zimmermann vermutet Brandstiftung als Mordakt. Es sei ein Leichtes gewesen, mit einer Kanne Benzin sich über die Treppe neben dem Mittelbau zu schwingen und von dort aus den Bau in Brand zu setzen. Die Branddirektion äußert sich zunächst sehr zurückhaltend über die Ursachen.

Ein nationales Unglück

Sitzung im bayerischen Kultusministerium. — Vor einem Aufruf an das deutsche Volk.

Um 12 Uhr am Samstagmittag fand im bayerischen Kultusministerium eine Sitzung statt, in der sämtliche Minister, die Vertreter des Landtages, der Stadt, Polizeipräsident Koch sowie Vertreter der Künstlerstadt München anwesend waren, um sich mit der durch den Glaspalastbrand geschaffenen Lage zu befassen. Der Brand wird als nationales Unglück bezeichnet. Man wird sich in einem Aufruf an das ganze deutsche

Volk wenden, um eine Art Wiederaufbaufonds zu schaffen. Zunächst will man in den Räumen der neuen Pinakothek eine Glaspalastausstellung ins Leben rufen.

Prof. Zimmermanns vergebliche Rettungsversuche

Der Generaldirektor der Bayerischen Staatssammlungen, Professor Zimmermann, befand sich bereits seit den frühesten Morgenstunden am Brandplatz und versuchte, in die Flammen einzudringen, um noch etwas zu retten. Die Polizei hinderte ihn schließlich daran. Er und Professor Wolf erregen wohl das allgemeinste Mitgefühl, denn beide Herren haben sich über ein Jahr lang verlässlich und durch Reisen aller Art um das Zustandekommen der Sonderausstellung deutscher Romantiker bemüht. Naturgemäß sind beide Herren über die Vernichtung dieser einzigartigen und schönen deutschen Kulturschatze namenlos verzweifelt.

An der Brandstätte des Glaspalastes

(Von unserem Münchner Berichterstatter.)

Der Glaspalast niedergebrannt! Das war eine lärmende Schreckensnachricht. Sogleich ging mit der Straßenbahn zum Stadions. Feuerwehrautos laufen durch die Straßen, die Menschen flüchten zum alten botanischen Garten, in dem der stolze Glaspalast stand. Ueber die breiten massigen Kronen der Kastanienbäume starren die fahlen Eisengerüste in den grauen Himmel. Darüber lagern träge die bräunlichen Rauchschwaden. Grüne Landespölpel verwehrt den Neugierigen den Zutritt in den Botanischen Garten. Hier steht man die Verwüstungen deutlich. Es ist zum Weinen. Der ganze Glaspalast ist bis zum nackten Erdboden niedergebrannt. Nur die Eisenträger stehen sich noch empor. Dort stürzt ein Teil des Gebäudes nieder. Feuerwehreileute springen rasch zur Seite. Ständig fallen Glascherben herunter. Ueberall hängen Trümmerfragmente am schwarzen Gerüst. Es schaut oft aus, als ob hier Granatenfeuer des Krieges vernichtend gehaust hätte. Alles ist und leer. Auf dem Boden brennen noch immer die letzten Balken. In Rauchdampf stehen die Feuerwehreileute, oft bis zu den Hüften in dem heißen, qualmenden Gerinzipel und stürzen in die Glut, daß es glüht.

Auf der Trümmerstätte eilen und springen einige Künstler herum, sie graben und suchen die letzten Reste ihrer Werke. Manche scheinen nicht der Brandwunden zu achten und wühlen mit den Händen in dem rauchenden Schutt. Immer wieder findet Prof. Wackerle eine Plastik unter dem verdogenen Eisenerwerk. Alle Gemälde sind zerstört. Nichts ist mehr von ihnen zu finden. Nur die Plastiken, die Bronzefiguren sind zum Teil noch erhalten. Dort haben sie wieder ein Stück gefunden. Mit Niemen ziehen sechs Feuerwehreileute die Figur aus ihrem Brandgrab. Die Bronzeplastik muß furchtbar schwer sein. Ueber das Trümmerfeld stützen die tendenden Träger. Endlich ist der Kunstschatz geborgen. Hier hat ein Künstler wieder etwas gefunden. Eine Büste anscheinend. Einer glaubt die Büste des Bürgermeisters Vösch erkennen zu können. Da schreien und zerren wieder einige an einer Bronzefigur, die überlebens groß ist. Im Grate liegen die ganz wenigen getreteten Plastiken.

Dort steht eine Gruppe von Künstlern, die ihr Behältnis im Glaspalast aufstellten. Man weiß ja, daß ein gutes Bild immer ein Stück vom Herzen des Künstlers, ein Stück seines innersten Erlebnisses ist. Alles ist verloren, alles liegt im schwarzen Brandgrab der Trümmer. Einer von den Künstlern ist riesengroß, bager, man sieht es ihm an, daß er von der Kunst, der er aus idealster Liebe folgte, kaum zu sagen und zu beissen hat. Tränen stehen ihm in den Augen. Dort reichen sich zwei Künstler stumm die Hände. Einer kann kaum das Weinen unterdrücken. Eine andere Gruppe von Malern steht schweigend beisammen, die meisten hatten entsezt in die Ferne, als ob sie ihre besten Werke über den rauchenden Trümmern erschauten, zum letzten Male.

Was hier im Glaspalast ein Raub der Flammen wurde, ist nicht zu ersetzen. Die herrlichen Bilder, die einen unerschöpflichen Schatz der deutschen Kunst darstellten, sind nicht mehr. In jedem Haufe konnte man das Seelenvolle der Schmiedebilder.

Versichert soll fast nichts sein, oder jedenfalls nur sehr wenig. Nur die Bilder der Franzosen sollen mit 1,3 Millionen RM. versichert sein.

Ein Aufseher sagte mir, daß seiner Uebersetzung nach hier ein Mordakt vorliegen muß. Sonst wäre das nicht möglich. Selbstverständlich werden jetzt schwere Vorwürfe gegen den Staat und die Ausstellungsbehörde erhoben, weil sie angeblich zu wenig gegen Brandgefahr getan haben.

Als ich mich entfernte, sah ich noch einen Künstler, der allein beiseite stand. Am ganzen Körper zitterte er. Die bleichen Lippen bebten. Die Leute, die von der Treppe des Justizpalastes zur Brandstätte schauten, sind ernst und traurig gestimmt.

Neueste Nachrichten.

Essen, 6. Juni. Gestern Abend fand, wie das Polizeipräsidium meldet, im Stadtteil Essen-West und im Segrold-Viertel von der Polizei Kazzien durchgeföhrt worden, bei denen über 200 Personen festgenommen wurden. In Essen-Steele verhafteten etwa 500 Anhänger der KPD, zu demonstrieren. Die Polizei konnte jedoch die Menge zerstreuen. Ein Trupp von etwa 70 bis 80 Personen rief in der Gelsenkirchener Straße in Essen-Kray das Straßenspöck auf. Das Heberfallkommando schritt ein und stellte die Ordnung her.

Beuthen, 7. Juni. Am Sonntag Abend kurz nach 10 Uhr stießen auf der Bahnstrecke Beuthen-Brannke am Ausgang von Pilsendorf zwei Personenzüge zusammen. 12 Personen wurden schwer und 15 leicht verletzt. In der Hauptfache handelt es sich um Kopf-, Rücken- und Beinverletzungen. Besonders schwer wurde das Lokomotiv-Fahrerpersonal und mehrere Insassen der ersten Wagen verletzt. Ein Lokomotivführer konnte erst nach 7 Stunden angelegter Rettungsarbeit aus seiner gefährlichen Lage befreit werden.

Berlin, 6. Juni. Der Zusammenritt des Reichstagsrats des Reichstages ist für Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 4.30 Uhr, in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstages zur Stellenanahme zu der neuen Verfassung.

Berlin, 6. Juni. Das Reichswehrministerium Berlin hatte für den Wehrkreis V in Stuttgart das Luftschiff „Groß Zeppelin“ zu einer Sonderfahrt gechartert. Mit 33 Offizieren an Bord, darunter Generalleutnant Frhr. Seutter von Köben, flog das Luftschiff heute früh 4.55 Uhr unter Führung des Luftschiff-Führers Lehmann zu dieser Sonderfahrt, die in die Schweiz führte, auf. Die Landung erfolgte früh 8.15 Uhr. Nach vorgemerktem Passierenwechsel auf dem Zeppelingelände flog das Luftschiff erneut mit 18 Passagieren zu einer Tagesfahrt nach der Schweiz auf.

Berlin, 6. Juni. Die Eltern der 16jährigen Hilteud Beil, die seit September vorigen Jahres mit dem 20jährigen Helmuth von Hodenberg aus Berlin verschwunden ist, haben jetzt endlich eine Spur ihrer verschollenen Tochter entdecken können. Aus Meran in Südtirol ist eine zuverlässige Nachricht eingetroffen, daß dort das junge Mädchen in Begleitung von Hodenberg gesehen worden ist. Die Meraner Polizei hat bereits heute vormittag, nachdem sie von der

das Reichsgericht im Jahre 1927 die Rückwirkungs Vorschriften des damals verabschiedeten würt. Ministergesetzes für ungültig erklärt und ausgesprochen hatte, daß den vor der Eröffnung dieses Gesetzes ausgesprochenen parlamentarischen Ministern ein Anspruch auf lebenslänglichen Ruhegehalt nach den Vorschriften des alten Beamtengesetzes zustehe. Die würt. Regierung ist aber der Ansicht, daß die endgültige Festsetzung des Ruhegehalts eines würt. Regierungsleiters dem Reichsgericht vorbehalten ist, das hierauf auf Grund der alten Reichsverfassung und der früheren würt. Militärkonvention verpflichtet ist, wie es ja auch die obigen Dienstbezüge des Regierungsleiters Herrmann bezoght hat. Nachdem das Reichsfinanzministerium die Uebernahme des Ruhegehalts auf die Reichskasse abgelehnt hat, ist von der würt. Regierung bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die Entscheidung bei Streitigkeit nach Art. 19 der Reichsverfassung beantragt worden.

Baden, 7. Juni. (Stadtvorkandwahl.) Bei der heutigen Stadtvorkandwahl haben von 5861 Wahlberechtigten 4281 gleichmäßig abgestimmt. Der feierliche Amtsinhaber Dr. Reinhardt wurde mit 2909 Stimmen wiedergewählt. Der kommunistische Kandidat Abgeordneter Karl Schmidt brachte es auf 1181 Stimmen. Ungültig waren 133 Stimmen.

Mus., 6. Juni. (Der Ulmer Münsterum übertrumpft.) Wie berichtet wird, soll der Mailänder Dom einen Glockenturm von 162 Metern erhalten. Damit wäre er der höchste Glockenturm der Welt. Der Vatikan und die Stadt Mailand sind mit dem Plan einverstanden. Das Projekt hat der Kardinal Schuster von Mailand selbst übernommen. Da dieser Glockenturm in der ganzen Lombardie ein Vorbild sein wird, will man in diesen auch einen Schmelzwerksteinbau, der in der Stunde eine Umkehrung macht. Ueber Ministerium wird auch dann, wenn dieser Glockenturm gebaut werden sollte, der höchste Glockenturm der Erde bleiben, denn der Mailänder Turm wird ein für sich stehendes Bauwerk neben dem Dom werden.

Janz, 6. Juni. (Raubüberfall.) In der Nacht zum Donnerstag wurde an der 88 Jahre alten Witwe Johanna Schmidt in Regen, Gemeinde Großholzleite, in ihrem Schlafzimmer ein Raub verübt. Die Täter dröhnten ein Fenster in der Küche der Schmidt ein, ließen in die Küche ein und kamen unbedenklich bis in das Schlafzimmer der Schmidt; diese wurde mit einer leuchtenden Taschenlampe oder einer Fackel erhellung. Einer der Täter hatte ein rotes Tuch über den Kopf gezogen. Unter den Drohungen, Geld her oder das Leben, wenn Sie ihr Geld nicht herausgeben, erschließen wir Sie, zog sie der alten Frau ihr Bettdecke weg und nötigten sie zum Aussteigen.

In ihrer Bekleidung und Schere ist die Braubte mit den Tütern in die nebenanliegende Stube gegangen und hat den Räubern einen Geldbeutel mit etwa 15 Mark Inhalt gegeben. Die Täter haben der alten Frau eine Schußwaffe vorgehalten, verboten ihr auch laut zu reden und Licht zu machen. Ein sehr schwerhöriger Sohn der Braubte schlief in einer Kammer neben seiner Mutter, hat aber von dem Vorgang nichts bemerkt. Die Täter sind mit Jöhrtüchern angehängt von Jang her bis in die Nähe der Wohnung der Braubten gegangen. Nach der Tat mußte die Frau im Hemd die Bewohner in den Nachborgebäude wecken, was ihr, da sie auch nicht gehen kann, sehr schwer fiel. Von den Bewohnern wurden die Braubten der in nächster Nachbarschaft befindlichen Gendarmestation in Kleinmehlfeld und von dort die Landjägermeisterstelle Jang alarmiert. Erhebungen nach den Tätern sind eingeleitet.

Oberbürgermeisterwahl

Heilbronn, 7. Juni. In der heutigen Stadtvorkandwahl wurde der feierliche Oberbürgermeister, Professor Beutinger, mit 1233 Stimmen wiedergewählt. Von den beiden anderen Bewerbern erhielt Dr. Wiche-Braunshweig 42, Kandidat Gustav Schreiber (Komm.) 1554 Stimmen. 10 Stimmen waren gesplittet, 66 ungültig. Von 31 432 Wahlberechtigten haben 14 524, gleich 46 Prozent, abgestimmt.

Beschleunigtes Verfahren in Strafsachen

Son zusätzlicher Seite wird mitgeteilt:
Eine Verordnung des Justizministeriums vom 15. Mai d. Js., die im Amtsblatt dieses Ministeriums veröffentlicht wird, betrifft das beschleunigte Verfahren in Strafsachen (Sog. Schnellverfahren).

Das in § 212 Str.Pr.O. vorgesehene beschleunigte Verfahren, das sich vom ordentlichen Verfahren dadurch unterscheidet, daß in ihm ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten werden kann, eignet sich besonders für Fälle, in denen der Beschuldigte gehändig ist oder der Beweis durch sofort bereitzustellende Beweismittel geführt werden kann. In solchen Fällen liegt die Anwendung dieses Verfahrens nicht nur im Interesse der in heutiger Zeit besonders notwendigen Raschheit der Strafverfolgung und der Kostenersparnis, es kann vielmehr seine Anwendung häufig auch besonders günstige Bedingungen für die Wahrheitsermittlung bieten und zur Vermeidung oder Abkürzung der Untersuchungsdauer dienen.

Sein Anwendungsgebiet, das grundsätzlich alle vor die Amtsgerichte gehörenden strafbaren Handlungen umfaßt, war bisher praktisch infolgedessen ziemlich beschränkt, soweit es sich nicht um Uebertretungen handelte, das beschleunigte Verfahren nur zulässig war, wenn der Beschuldigte entweder sich freiwillig stellte oder infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wurde. Es ist demnach auch nach den Wahrnehmungen des Justizministeriums in Württemberg wenig angewendet worden. Nachdem neuerdings durch § 14 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 79) das Anwendungsgebiet dieses Verfahrens erheblich ausgedehnt worden ist, sofern es dort auch ohne das Vorliegen der Voraussetzungen der freiwilligen Stellung und der vorläufigen Festnahme also allgemein zugelassen worden ist:

1. Bei allen in der genannten Verordnung mit Strafe bedrohten Handlungen,
2. bei allen übrigen zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden strafbaren Handlungen, die an öffentlichen Orten, in Versammlungen oder durch Verbreitung oder durch Anschlag von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen worden sind,

legt sich seine häufigere Anwendung besonders nahe. Das Justizministerium weist daher in der vorliegenden Verordnung die Strafverfolgungsbehörden an, von der Befugnis, eine Ende zur beschleunigten Aburteilung zu bringen, in allen geeigneten Fällen Gebrauch zu machen. Den Amtsgerichten und den Staatsanwaltschaften wird aufgegeben, dafür zu sorgen, daß jederzeit — auch außerhalb der ordentlichen Sitzungstage — Verhandlungen im beschleunigten Verfahren stattfinden können. Endlich wird in der Verordnung des für eine lödgenmäßige Anwendung des beschleunigten Verfahrens wichtige Zusammenwirken der Polizeibehörden mit den Staatsanwaltschaften behandelt.

Dritter Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz

Stuttgart, 5. Juni. Dem Landtag ist ein 3. Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz für 1930 zugegangen. Darin werden für den weiteren Ausbau der selbständigen Teilnehmer-eigenen Fernsprechtsvermittlungsanlage im Alten Schloß 15 000 Mark mehr angefordert. Der Beitrag des Staates zu dem Schloßbau einmahligen Aufwand der neuerrichteten Volksschule Schloßberg wird um 14 970 RM. erhöht, da die Volksschule, die ursprünglich 160 000 RM. betrug, sich auf 179 900 RM. erhöht hat. Für den Erwerb und die Errichtung von Erweiterungsauslagen beim hauswirtschaftlichen Seminar in Albstadt a. T. sind 45 000 RM. vorgesehn. Um diesen

Baden.

Karlsruhe, 7. Juni. Wie der Karlsruher „Nationalsozialistische Führer“ erzählt, wurde der im Kreisjah Reichswehrprozeß verurteilte Leutnant Ludin gestern aus der Festungshaft in Kehl entlassen. Ludin hatte vor einiger Zeit ein Onabergsuch auf den Reichspräsidenten geschickt.



Berliner Vermittlungszentrale verständig worden ist, eine Durchsuchung sämtlicher Hotels und sonstiger Unterkünfte von Meran und Umgebung eingeleitet. Sollte Hilfrud Breit tatsächlich gefunden werden, so wird sie von den holländischen Behörden in Schutzhaft genommen.

Köln, 6. Juni. Auf der Landstraße zwischen Kröpeln und Volbdenhagen wurde gestern an der 12 Jahre alten Schülerin Müller ein Kistchen veräußert. Das Mädchen besaß sich in Begleitung mehrerer Mitschülerinnen auf dem Heimwege von der Schule, als ein etwa 20 Jahre alter Landstreicher an die Kleine herans trat und sie mit sich lockte. Wählich hörten die zurückgebliebenen Schulkinder einen Schrei und fanden bald darauf die kleine Müller in einem Koroselbe auf. Der Willkür hatte seinem Opfer den Schädel zertrümmert und war dann in einen großen Wald geflüchtet. Die umliegenden Grenzamerikationen wurden sofort zur Verfolgung des Mörders alarmiert, jedoch gelang es bisher noch nicht, den Flüchtigen zu ergreifen.

London, 5. Juni. Nach einer Meldung der „Evening News“ aus Tokio wurden durch ein Großfeuer in Yamanka 760 Häuser zerstört. 300 Menschen sind obdachlos geworden. Drei Personen wurden getötet und über 100 mehr oder weniger schwer verletzt.

London, 7. Juni. In London und anderen Teilen des Landes wurde heute gegen 21.30 Uhr ein Erdbeben verspürt, das die höheren Gebäude ins Wanken brachte. Am heftigsten war der Stoß in Norfolk, wo einige Personen aus den Betten geworfen wurden. In verschiedenen Stellen war das Beben von einem lauten Poltern und Geräusch begleitet. Sachschaden wird nicht gemeldet, jedoch bemächtigte sich der Beben in Mittel- und Nordengland sowie in Südwests starke Bestürzung. Das Erdbeben ist das stärkste, das in England seit Kriegsende aufgetreten ist.

Doppelte Todesstrafe beantragt Auf die Mindeststrafe erkannt

Frankfurt a. M., 4. Juni. Vor dem Schwurgericht wurde heute eine Familientragödie verhandelt, die sich im Odebruch zugetragen hatte. Die Arbeiterin Frau Drong aus Weiskirchen und ihr Geliebter Leisandowski waren des Mordes an dem Ehemann Drong angeklagt, den sie beide, als er eines Nachts wieder betrunken war, in einen Graben gestürzt hatten, wo er den Tod fand. Der Staatsanwalt hatte gegen beide Angeklagte Todesstrafe wegen Mordes beantragt. Das Gericht erkannte auf Totschlag und verurteilte die Frau zur Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus, weil sie unter dem Zusammenleben mit ihrem Mann schwer zu leiden gehabt habe. Leisandowski wurde als Mittäter gleichfalls zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ausweisung des päpstl. Nuntius aus Litauen

Konow, 6. Juni. Der Hohn zwischen der litauischen Regierung und der katholischen Kirche hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Regierung hat jetzt den päpstlichen Nuntius Ricardo Bartoloni des litauischen Gebietes verwiesen. Es wurde ihm aufgetragen, das Land innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Der Nuntius ist bereits in Begleitung von zwei Mitgliedern der christlich-demokratischen Partei im Automobil aus Konow abgefahren. Der Grund für seine Ausweisung soll angeblich Zusammenarbeit mit regierungsfeindlichen Parteien sein. Die Regierung teilte dem Nuntius mit, wie dem Vatikan mit, daß Bartoloni nicht länger als Vertreter des Heiligen Stuhles, sondern vielmehr als persona ingrata angesehen werde. Bartoloni, der den Posten als Nuntius in Litauen seit drei Jahren bekleidet, beabsichtigt, am Sonntag in der Stadt Wilna auf dem Esplanade

Kongress die Rede zu lesen und eine Rede zu halten. Doch ließ ihm die Regierung mitteilen, daß er dieses nur als Privatperson tun dürfe und daß die Regierung nicht in der Lage wäre, ihm mehr Schutz als jedem anderen Bürger angedeihen zu lassen.

Wettbewerb im Glücksschein

Nachdem so ziemlich alle Gebiete des Lebens durch Wettbewerbe prämiert wurden, hat Amerika den Ruhm, durch Preisgerichte das „glücklichste Ehepaar von Amerika“ freizustellen.

Es fand Missis und Mister Gleason, die, wie wohl seit 20 Jahren verheiratet, in ständig wachsender Liebe und Harmonie miteinander lebten. Beide Ehepartner wurden heimlich interviewt und gaben unabhängig voneinander das Geheimnis ihrer glücklichen Ehe preis.

Frau Gleason sagt: „Man darf die Ehe nicht als eine Korrekturenart ansehen und sich der „Besserung“ seines Gatten antehemen. Dar er als Junggeselle Pfeife geraucht, soll er es auch weiterhin tun. Dabei wir Frauen nicht vielleicht ebenso viele kleine Eigenheiten.“

Laßt keine Nacht über einen Streit vergehen. In Kleinigkeiten großzügig sein, macht einen guten Eindruck. Wenn er Schnapsbrot liebt, und sie lieber Weißbrot isst, gibt man halt beides auf den Tisch.

Nicht allzu „häuslich“ sein, ist auch ein wichtiger Faktor. Ein Mann gewöhnt sich leicht daran, seine Frau auszusuchen, wenn sie allzu dienstbar zu seiner Verfügung steht. Ich mache öfter kleine Reisen — und mein Mädchen erklärt mir, wenn ich zurückkehre: „Gott sei Dank, gnädige Frau. Mit dem gnädigen Herrn war überhaupt nicht auskommen!“ So was freut einen.

Sächsisches

Dreißigen in Riela, Schwärmt für altsächsische Vornamen. Nach Siegfried und Hilber will er seinen dritten Sohn Dankwart taufen lassen. Da glüht der Standesbeamte über seine Brille weg und sagt: „Dankwart — das ist 'n Verul, in der Audo-brangische, amwer gen Vornamel!“

Die Annschritttafel. In der sächsischen Schweiz sind die Naturwunder rationalisiert. Bei Loschwitz z. B. gibt es einen Wasserfall — der kann nicht den lieben langen Tag strömen, er verbraucht zuviel Wasser. Dabei ist er abgeleert. Und eine Annschrift belehrt den Touristen: Bedarfswasserfall. Bitte sieben!

Im Lokal sitzt an meinem Nebentisch ein Herr aus Sachsen. Als ich mich zum Fortgehen anschau, eine Zigarette anzünde und das Streichholz wegwerfe, raht er hinter mir her: „De Sie, mei Gudsder, Sie wär'n gleich die schönste Wandl-Entzündung kriech'n!“ „Wie bitte? Wie meinen Sie das?“ frage ich erkannt. „Wie 's das meine? Da is nämlich ehm 'n Runge auf 's 'n Wandl gefall'n!“

Sachsen in Ägypten. Das hat Se nu grade verdröckelt, Frau Gresschner: Das Gaggie sin de Pyramiden; un de Gage mit dem Gubottbildchen, das is de Sphinx.“

Frau Gresschner kommt zum Gatten: „Das laachde be derzu? De Ditzgader vonden Ellegadrezgebäddnerga hadd seine Dochdr „Elektra“ gebood!“ Gresschner, der Direktor der Gess-anstalt, überlegt und sagt dann bestimmt: „Nu, da doofn mit untre nechede Dochdr gands einfach Gofandra!“

Sportseite.

Fußball. Um den Aufstieg zur Bezirksliga: Gruppe Würtemberg: F. B. Mühlacker — Sports. Feuerbach 1:3. F. U. Taillingen — Sportfr. Ehlingen 0:2. — Gruppe Baden: F. U. Mühlburg — F. U. Rheinfelden 3:2. F. U. Offenburg — F. U. Singen 1:1.

Reitliche Verbands- und Aufstiegsspiele der Kreisliga: Kreis Ost-Redar: S. C. Florzheim — Sports. Nagold (Aufstieg) 1:0. F. U. Calw — F. U. Neuenbürg (Aufstieg) 1:2 (Verbands-spiel).

Privatspiele: F. C. Florzheim — F. C. Birkenfeld 4:0 (Sa.). F. U. Florzheim — Stuttg. Sportklub 5:1 (Sa.).

HOTEL PROSPEKTE

PROSPEKTE FÜR PENSIONEN

liefert

in sauberer Ausführung und neuzeitlicher Ausgestaltung



C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh. Fr. Biesinger, Neuenbürg, Tel. 4.
Verlangen Sie kostenlose Vorschläge.

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen der Firma

Kling & Trensch, Baumaterialien- und Kohlenhandlung, offene Handelsgesellschaft in Birkenfeld, und deren Gesellschafter

Herta, Erich und Gertrud Trensch, sämtl. in Birkenfeld, ist am 5. Juni 1931, nachmittags 5 Uhr, unter Ablehnung des Antrags auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens über das Vermögen der Firma Kling & Trensch, das

Konturs-Verfahren

eröffnet worden. Konkursverwalter ist Bezirksnotar Doppelt in Birkenfeld.

Konkursforderungen sind bis zum 26. Juni 1931 beim **Amtsgericht** anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses und über die in §§ 132 und 134 KO. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

Dienstag den 7. Juli 1931, vormittags 10^{1/2} Uhr, vor dem **Amtsgericht Neuenbürg.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 26. Juni 1931 Anzeige zu machen.

Den 6. Juni 1931.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des

Oskar Funke, Mühlenmachers und Kürschners in Wildbad, ist nach Bestätigung des Vergleichs durch Beschluß vom 29. Mai 1931 **aufgehoben** worden.

Neuenbürg, den 5. Juni 1931.

Amtsgericht.

Hochzeitskarten

liefern rasch und preiswert

C. Meeh'sche Buchhandlg., Inh. Fr. Biesinger.

Schöne
3 Zimmer-Wohnung

mit reichlichem Zubehör ist sofort oder spätestens am 1. Juli zu vermieten.

F. Kronenberg,
Wirtschaft zum „Bohnhof“, Haltestelle Engelsbrand.

Wasserschläuche

aus Hanf und Gummi in allen Preislagen.

Götscher & Hummel,
Schlauchfabrik, Neuenbürg.

Birkenfeld.

Der auf 14. Juni angelegte

Rot-Kreuz-Tag

kann erst am 21. Juni stattfinden. Wir bitten diejenigen, welche geneigt waren, an diesem Tag mitzuwirken, sich diesen Termin vorzumerken.

Der **Kolonnenführer:** Wilhelm Stoll.

Trefzger
MÖBEL

verleihen
Ihrem Heim
Behaglichkeit
und sind
trotz ihrer
Qualität
sehr billig.

8 eigene Verkaufsstellen:
Frankfurt-M
Vilbelerstr. 29
Freiburg-Br
Bertholdstr. 60
Karlsruhe
Kaiserstr. 97
Konstanz
Bodanstr. 19-21
Mannheim
O. S. 1
Pforzheim
Schlossberg 19
Rastatt
Friedrichsing
Stuttgart
Ujapalast *

Süddeutsche Möbel-Industrie
Gbr. Trefzger, G. m. b. H.

Altsächsischer Verband Ortsgruppe Ober-Enztal.

Herr Dipl.-Ing. W. Reith, Berlin spricht

am **Freitag den 12. Juni 1931** im Gasthaus „Anker“ in **Calmbach** abends 8 Uhr 15 über:

„**Klares Ziel für den Endkampf**“, am **Samstag den 13. Juni 1931**, abends 8 Uhr 15, im Gasthaus zur „**Sonne**“ in **Neuenbürg** über:

„**Kommen wir noch über den nächsten Winter?**“

Waldrennach, den 6. Juni 1931.

Todes-Anzeige.

Heute nachmittags 5 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater und Schwager

Albert Regelman,

Röfleswirt,

im 43. Lebensjahr.

In tiefem Schmerz:

Rösle Regelman, geb. Dittus,
mit Kindern.

Beerdigung: Dienstag nachm. 3 Uhr.

Schwan.

Eine neue
Mähmaschine

sowie ein neues
Motorrad

verkauft sehr preiswert
Rudolf Laupp.

Familien-Druckfachen

Besuchskarten
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Glückwunschkarten usw.
liefert in
vornehmer Ausführung
C. Meeh'sche Buchhandlg.

Der geschäftliche Sommerschlaf

wäre in diesem Jahre besonders gefährlich.

Wir werden keine tote Jahreszeit wie früher haben, weil die Verbraucherschicht die Bedarfsdeckung hinausgeschoben hat, einmal, weil Ausgaben auf längere Zeit verteilt werden müssen, sodann, weil die Preissenkungaktion der Regierung falsche Vorstellungen erweckte. Man wird also auch im Sommer kaufen u. zu diesem Zweck sehr eifrig den täglichen Kurszettel — die Anzeige im „Enztäler“ u. seinen drei Nebenausgaben: Birkenfelder, Calmbacher u. Herrenalber Tagblatt lesen.